

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 580.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1908.

Gesamt-Verlagspreis, wöchentlich 2.00 Mk., nach dem Postgesetz 3.00 Mk. (Postgebühr).
Verlagspreis: 3.00 Mk. Die Post-Gebühren sind an den Postämtern zu entrichten.
Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Zweite Ausgabe

Abonnementspreis für die sechsmonatliche Beilage oder deren Raum für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1909, wöchentlich 2.00 Mk., nach dem Postgesetz 3.00 Mk. (Postgebühr).
Verlagspreis: 3.00 Mk. Die Post-Gebühren sind an den Postämtern zu entrichten.

Verlagsanstalt in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon Nr. 158.
Erlangen G. S. Verlagsanstalt.
Gesamtleitung: Hr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Freitag, 11. Dezember 1908.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon-Nr. VII Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Carl Zschabe in Halle a. S.

Die Wege zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Seit dem Wahlen im Jahre 1890 sind weite Kreise unseres Volkes bei jeder Reichstagswahl durch das starke Aufsteigen der sozialdemokratischen Wahlstimmen erschrocken aus ihrer gewöhnlichen Sicherheit aufgestanden, und überall zeigte sich große Empfindlichkeit für die Behandlung der Frage, wie man der sozialdemokratischen Gefahr am wirksamsten entgegenarbeiten könne. Je mehr aber der Wahlkampf zurücktrat und in Vergeßlichkeit geriet, um so mehr breitete sich die alte Sorgenlosigkeit wieder aus. Damit das nicht auch diesmal wieder geschehe, ist es Pflicht aller entschiedenen nationalen Organe, dafür zu sorgen, daß dieses erstere und schwierige Problem der Gegenwart nicht wieder in verhängnisvollem Verfall auf die leichte Achsel genommen werde, da das sich aus schwerer Rührung misste. Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ befaßte sich in ihrer neuesten Nummer eingehend mit den Wegen zu einer wirksamen Bekämpfung der sozialdemokratischen Gefahr. Wenn wir auch manche hier berührte Punkte oft genug eindringlich hervorgehoben haben, so halten wir es doch angeht, die Wichtigkeit der Frage für geboten, auf die treffenden Ausführungen in vollem Umfange einzugehen, nicht nur im Interesse einer lückenlosen Behandlung des Themas, sondern auch deshalb, weil alles hier hervorgehobene nicht oft und dringend genug gesagt werden kann.

Wenn die Sozialdemokratie in ihrem Urgande soziale Bewegung ist und wenn diese soziale Bewegung durch das Emporkommen der Industrie und die damit in Verbindung stehende Erschütterung der landwirtschaftlichen Lebensverhältnisse hervorgerufen ist, so folgt daraus: Diese soziale Bewegung kann auf natürlichem Wege nur zu einem Stillstand gebracht werden durch Festigung sowohl der industriellen, wie der landwirtschaftlichen Lebensverhältnisse. Für die Festigung der industriellen Lebensverhältnisse ist durch die „Sozialreform“ im engeren Sinne bereits viel getan. Diese soziale Reform wird und muß aber immer dauernd weiter sein, solange durch die Erschütterung der landwirtschaftlichen Lebensverhältnisse und durch das Abfließen der Arbeitskräfte vom Lande in die Stadt das städtische Arbeiterleben eine stets sich wandelnde, nie in sich geschlossene und immer ungleichartige Masse bleibt. Die wahre Notlage des modernen Industriearbeiterstandes liegt weniger in den Folgen der Krankheit und Invalidität, sondern es ist das drohende Geheiß der Arbeitslosigkeit, was gerade den bescheidenen Proletarier verunsichern könnte, sich mit der bestehenden Wirtschaftsordnung auszuföhnen. Die Frage der Arbeitslosigkeit enthält das eigentliche Hauptstück der Sozialreform in sich. Da diese Arbeitslosigkeit aber ihre hauptsächlichste Quelle im ständigen Zutrom föhlicher Arbeitskräfte zu den Industriezentren hat, so ist die Selbsthaltung der ländlichen Arbeiter, ja fast die Grundbedingung, die allein und im Prinzip zu einer Beschränkung der Arbeitslosigkeit führen kann. Die sozialdemokratische Bewegung, insofern sie ihrem Urgande nach berechtigte soziale Bewegung ist, läßt sich in der Hauptsache nur bekämpfen durch die Föhrung der für das Wohl der ländlichen Arbeiterschaft, was wiederum mit der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion zusammenhängt. Man hat bisher viel zu ausschließlich Sozialreform betrieben, indem man an den äußeren Erscheinungen herumfickerte, ohne zu den inneren Ursachen vorzudringen. Gerade die Agrarpolitik — das ist das Hauptstück und die Grundlage aller Sozialpolitik.

Es wäre jedoch ein Verstum, anzunehmen, daß mit solcher Politik allein schon der sozialdemokratischen Bewegung der Boden entzogen wäre. Man überseht dabei, daß die sozialdemokratische Bewegung ihre zweite Ursache hat in den demokratischen Institutionen unserer Zeit. Diese demokratischen Institutionen sind einerseits solche, die mit dem Zeitcharakter unloslich verbunden sind und darum gar nicht eingedrängt oder beseitigt werden können, da doch niemand gegen seine Zeit selber Krieg föhren kann. Es handelt sich da besonders um Einrichtungen und Verhältnisse, die auf dem technischen Charakter unseres Zeitalters beruhen: Eisenbahnen, Telegraphen, Zeitungswesen. Dazu kommt ferner, daß dem Proletariat, schon allein durch seine Anjammlung in den Industriezentren, stets ein demokratischer Zug eigen sein wird, der sich ebenfalls keineswegs mit Gewalt wird antreiben lassen. Andererseits aber haben wir in unserem Reiche gewisse demokratische Institutionen, die keineswegs auf natürlichen und absolut unänderlichen Ursachen beruhen, sondern die nur aus zufällig bedingten Verhältnissen mit relativer Notwendigkeit hervorgegangen sind und die im Wandel der Zeit unmiss und verdrängt werden können. Es gibt bekanntlich Politiker, — wir wollen nicht fragen, daß wir schon zu ihnen gehören, — die im bestehenden Reichstagswahlrecht eine solche Institution

erblicken. Das aber ist doch völlig klar und ganz selbstverständlich, daß dieses Reichstagswahlrecht in dem Augenblicke sein Dasein verliert hat, in dem die Masse des deutschen Volkes zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß dieses ideale Wahlrecht von der Sozialdemokratie planvoll mit gutem Erfolge dazu benutzt wird, das Reich und seine Verfassung zu zerstören.

Geht der Fall, der Sozialdemokratie wäre, insofern sie soziale Bewegung ist, durch eine gesunde Agrar- und Sozialpolitik der Zufuß abgegrenzt und es wäre ihr auch durch Abänderung solcher demokratischen Institutionen, die im Wandel der Zeit ihre geschichtliche Berechtigung verloren haben, der Wind aus den Segeln genommen, so wäre unteres Erachtens dadurch noch keineswegs das Ende der sozialdemokratischen Bewegung erreicht. Man darf nicht vergessen, daß alle Wahrgen, die man auch erreicht, naturgemäß eine gewisse Unvollkommenheit annehmen muß und daß sie darum niemals ihren Zweck völlig zu erreichen vermögen. Man darf ferner auch nicht vergessen, daß es mit den oben in Betracht gezogenen Wahrgen keineswegs darauf abgehen sein soll, jede Arbeiterbewegung an und für sich unmöglich zu machen. Der Charakter unserer Zeit und die inneren Bedürfnisse der Volksgenossen und weltwirtschaftlichen Aufgaben erfordern es sogar dringend, daß dem Arbeiterstande auch fernerhin die Möglichkeit einer weitgehenden Betätigung erhalten bleibt. Es ist gar zu leicht möglich, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, wenn ihr ein Feld ihrer Betätigung eingeengt ist, sich einem anderen Gebiete zu um so fröftiger Entfaltung jument. Es ist darum nicht nur nötig, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, insofern sie eine reelle und greifbare Macht ist, in die ihr gebührenden Grenzen zurückzuweisen. Es kommt auch darauf an, diese Arbeiterbewegung, insofern sie sozialdemokratisch ist — Marxisten — Geistes voll ist, in Behandlung zu nehmen. Denn die Marxische Lehre ist die heile Grundlage der sozialdemokratischen Bewegung.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Arbeiterschaft aus der größten Teile ihrer Föhrer das Marxische System in allen seinen sehr komplizierten Lehren verstanden hätte. Es sind vielmehr nur zwei Momente, die mit handgreiflicher Deutlichkeit in das Bewußtsein und die Gefühlswelt der Arbeiterschaft übergegangen sind. Das eine Moment ist die Annahme, Marx habe wissenschaftlich und unumwiderrlich bewiesen, daß sich aus dem sich in sich selbst mit Notwendigkeit vollziehenden Zusammenbröche der bestehenden Gesellschaftsordnung mit logischer Unabwendigkeit die sozialistische Gesellschaft ergibt. Die sozialdemokratische Masse glaubte eben, der „Zufunftsstaat“ ist wissenschaftlich bewiesen. Doch dieser Glaube spielte seine hauptsächlichste Rolle in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung, als sie noch schwach war, innerhalb der bestehenden Verhältnisse noch keine Position behauptete und alles von der Zukunft erhoffte.

Das ist heute anders geworden. Für die inzwischen machtvoll angewachsenen sozialdemokratischen Bewegung stellt das zweite Moment des Marxischen Systems die herausragende Rolle, das zweite Moment, das sich mehr auf die Gegenwart und den Charakter der bestehenden Gesellschaft bezieht. Es ist die Lehre vom Klassenkampf, die Lehre also, daß zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ein unüberbrückbarer Abgrund gäht, daß die Macht des Proletariats stetig anwächst und daß dieses Proletariat unweigerlich dazu berufen ist, die Herrschaft im Staate anzutreten. Die sozialdemokratische Bewegung ist früher mehr Sozialismus gewesen, heute ist sie mehr Demokratie. Der Glaube an den „weltgeschichtlichen“ Beruf des Proletariats, die Thronen zu stürzen und die Herrschaft der Demokratie aufzurichten, der Bahn, schon heute den Kaisern und Königen Schwab bieten zu können und die weltpolitischen Verhältnisse maßgebend zu beeinflussen — dieses Maßgefühl ist das psychologische Moment, das das Proletariat von Erfolg zu Erfolg eilen läßt und ihm seine Unverletzlichkeit und Siegesgewißheit verleiht. Wie vom Großenwäld ist die proletarische Masse ergriffen. Und wie ein Geistessturm oft Leistungen vollbringt, die seiner wirklichen Kraft gar nicht entsprechen, so verweist sich auch der sozialdemokratische Massenwahnsturm „über die Kraft“. Es besteht darum die Aufgabe, das proletarische Maßgefühl und den proletarischen Machtanspruch auf das richtige Verhältnis zwischen Bahn und Stiefkraft zurückzuführen. Das kann einzig und allein durch eine entscheidende und schwere Niederlage geschehen, die der sozialdemokratischen Masse zugefügt wird. Für die Praxis des politischen Handelns im Kampfe gegen die Sozialdemokratie wird sich dieser Fall ganz von selbst zu gestalten, daß man der sozialdemokratischen Masse diese Niederlage zufügt, indem man sie der Möglichkeit beraubt, mit gewissen demokratischen Institutionen des Reiches und der Verfassung ihren revolutionären Wüßbrauch zu treiben. Man wird also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, indem man durch diese Maßnahme zugleich der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln und den Bahn aus dem Kopfe nimmt.

Deutsches Reich

Halle a. S., 11. Dezember.

* Der Antrag betreffend die Ausverkaufte. Der seinem Inhalt nach schon mitgeteilte Antrag des Abg. Kettich (konf.) hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst noch in der laufenden Session einen Vorschlag über das Ausverkaufswesen vorzulegen, durch den:

1. die Aemterpflicht für alle Ausverkäufe festgesetzt,
2. die Veranlagung von Scheinverkäufen und
3. jeder Nachschub von Waren zu einem Ausverkauf unter Strafe gestellt wird.

* Dem Reichstage zugegangen sind Mitteilungen über die Verhandlungen des Bundesrats zum Schutze der Arbeiter etc. in den Eisenbahnen und in den Getreidemöhlen.

* Sozialdemokratische Forderungen. Die bereits angekündigte Interpellation der Sozialdemokraten über die Wurmkrankheit liegt jetzt vor. Sie lautet:

„Was genau der Herr Reichsanwalt zu tun, um die unter den Bergleuten Deutschlands fast grassierende Wurmkrankheit wirksamer zu bekämpfen?“

Außerdem habe die Abg. Auer und Genossen (Soz.) zwei schlechte Anträge auf Einstellung schwöbender Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Tagung eingebracht. Der erste Antrag bezieht sich auf den Abg. Runert, gegen den bekanntlich beim Landgericht in Halle ein Verfahren wegen Verächtlichmachung und Herabwürdigung der Mitglieder des deutschen ostasiatischen Expeditionskorps in der öffentlichen Meinung und wegen Beleidigung der Abgeordnete Scheppin sich noch vor dem Reichsgericht wegen Verächtlichmachung und wegen Beleidigung des Einquartierungsausschusses in Pagan in Sachsen zu verantworten hat.

* Der Bundesrat übertrug in seiner Donnerstag-Sitzung den Ausschuss betreffend die Rechte von Militärpensionären und Versorgungsangehörigen (siehe Zeitungsbeilage) den Ausschüssen, ebenso die Vorlage betreffend den Weg von Invaliden und Unfallrenten in ausländischen Bezugsgebieten. Die Vorlage betreffend die Vereinbarungen mit Schweden über die Stadt und die Herrschaft Wismanz und die Provinz Rosol und Rulofse ist noch in Beratung und zur Kenntnis genommen. Die Zustimmung wurde erzieht dem Ausschussantrag betreffend Abänderung der Verfassung unter § 6 Abs. 5 des Grundgesetzes, die Arbeiterarbeit in gewerblichen Betrieben von 30. März 1903 anzuwendenden Bestimmungen, dem Ausschussantrag von dem Entwurf von Bestimmungen über die Zulassung von Ausländern von den Reichsrenten der §§ 12 und 13 Absatz 1 des Gesetzes betreffend die Bundesarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 und dem Ausschussbericht über die Vorlage vom 20. November d. J. betreffend die Feststellung des Wonnereisbergrüßungsfeßes.

* Osmarverein. Donnerstag vormittag 10 Uhr war in Berlin eine Sitzung des Hauptvorstandes des Osmarvereins, an der 22 Herren aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Es wurde die allgemeine Lage des Vereins beraten und eine Reihe wichtiger Beschlüsse über den Ausbau der Vereinsorganisation und die dringliche Tätigkeit gefaßt. Ferner wurde die Errichtung einer Wüßungs- und einer Kauf-Wüßungs-Stiftung genehmigt und beschlossen, im Jahre 1904 eine Bundes-Lotterie zu veranstalten, deren Ueberflüß der zur Unterstützung bedürftiger Deutschen in den Osmarverein gegründeten Wüßungs-Stiftung zugute kommen soll.

* Se. Maj. der Kaiser und Ihre Maj. die Kaiserin unternahmen mit ihren Kindern und dem Admiral Hollmann am Mittwoch vor der Frühstücksstafel einen Spaziergang über die Orangereie und durch den Park von Sanssouci. Zur Frühstücksstafel war Admiral Hollmann geladen. — Donnerstag vormittag um 10 Uhr ab hörte der Kaiser die Vorträge des Kriegaministers und des Chefs des Generalstabes der Armee.

* Zum Befinden des Kaisers. Der Herausgeber der „Welt-Korrespondenz“ schreibt: Unter dem 4. d. M. hatte die „Freisichliche Korrespondenz“ einen bemerkenswerten Artikel über das Befinden des Kaisers veröffentlicht. Da ich meine mehrjährigen Beziehungen zu Uebersee wohl weiß, wie schnell dort unerfreuliche Mitteilungen Verbreitung finden, begab ich mich zu einem mit bekanntem hochgestellten Herrn aus der persönlichen Umgebung des Kaisers, um eine zuverlässige Information über das Befinden des Monarchen zu erhalten. Nach der Vertüre des Artikels erklärte mir mein Gesprächspartner:

„Ich kann Ihnen nur sagen, daß der Artikel die Wahrheit nach dem Kopf stellt. Wenn gesagt wird, „der hohe Patient ist sehr angegriffen“, so kann ich versichern, daß Seine Majestät sich fortgesetzt in der denkbar besten Stimmung und bei glücklichem Humor befindet, während die Stimmung eines „angegriffenen“ Patienten doch naturgemäß gedrückt oder mürrisch ist.“

Wenn es in dem Artikel weiter heißt: „Seine (d. h. des Kaisers) Befunder finden, daß er in den Tagen der Krankheit recht gealtert hat“, so ist das heller Unfuh. Die Damen und Herren des Hofes sind im Gegenteil einbellig der Ansicht, daß der Kaiser jugendlichler und frischer ausseht, als es unter normalen Verhältnissen, d. h. ohne Erkrankung und Operation, der Fall gewesen wäre. Der Grund ist der, daß die durch die Operation bedingte

